

Wird es eine Anti-Energiewende-Partei im nächsten Bundestag geben ?

geschrieben von Günter Keil | 9. Juli 2013

von Günter Keil

Update II: Die Pressekonferenz der AfD wird heute am 15.7.13 schon um 11:00 Uhr beginnen.

Update: Am 15.7.13 um 11:00 Uhr (korrigiert -15..7.13 8:00 Uhr; Admin) veranstaltet der Vorstand der AfD auch zum Energiethema eine Pressekonferenz im Hause der Bundespressekonferenz in Berlin. Wir sind neugierig ob dort das unten beschriebene Konzept verkündet wird.... Zur Zeit haben wir eine groteske Situation. Obwohl die überstürzte, miserabel geplante und im Kern unrealisierbare Energiewende immer deutlicher ihre Schattenseiten zeigt, gibt es bisher im Bundestag keine einzige Partei, die sich auf die Seite, der durch die EEG-Umlage und weitere Steuern und Abgaben, ausgeplünderten Bürger stellt. Die den von riesenhaften Windrädern in der Nähe ihrer Häuser und in ihren Wäldern bedrohten Menschen zur Seite steht, die der Ackerfläche fressenden, naturfeindlichen Raps- und Mais-Monokulturlandschaft für Biogas und Biotreibstoff Einhalt gebieten will. Auch stellt sich bisher keine Partei auf die Seite der Wirtschaft und der in ihr beschäftigten Arbeitnehmer, die in Gefahr sind, durch den unaufhaltsamen Anstieg der Energiepreise ihre Jobs zu verlieren, weil die Unternehmen ins Ausland getrieben werden.

Energiewende: „Okay, dann eben Planwirtschaft!“

geschrieben von Günter Keil | 9. Juli 2013

Dr. Günter Keil

Am 22. Mai 2013 meldete E.ON, „dass die Vorstandsvorsitzenden von 8 führenden europäischen Energieunternehmen die EU-Staats- und Regierungschefs darauf aufmerksam gemacht hätten, dass die kritische Lage des Energiesektors dringend entschärft werden muss“ (1).

Ökowahn statt Umweltschutz – Wenn grüne Ideologien zum Dogma werden

geschrieben von Günter Keil | 9. Juli 2013

Bericht über die Alternative Ökokonferenz der FDP im Sächsischen Landtag am 25. Mai 2013 in Dresden. Von Günter Keil

FDP Landesvorsitzender Zastrow: „Wir teilen das Schicksal mit etlichen renommierten Wissenschaftlern, die sich kritisch über die Klimapolitik geäußert haben.“ Er nannte die neue Broschüre des UBA „Und sie erwärmt sich doch“ als bemerkenswerte Verzweiflungs-Äußerung einer für dieses Thema gar nicht zuständigen Behörde. Dort würden Kritiker an den Pranger gestellt, z.B. Vahrenholt (Die kalte Sonne), Maxeiner und Miersch (achgut.de) und andere. (Anm.: Später kritisierte Alexander Neubacher, daß sein Name dort fehlt und versprach, sich darum zu bemühen, daß er auch endlich in diese Liste aufgenommen wird.)

EEG & EnEV. Klimagerechte Zwangsmaßnahmen des Staates

geschrieben von Günter Keil | 9. Juli 2013

Die Anwendung von Angst als ein Mittel der Politik ist, seitdem es Häuptlinge, Schamanen, Priester und später Politiker gab, eine altbewährte Methode, die immer wieder einmal bei Bedarf eingesetzt wurde. Man muß jedoch registrieren, daß sie sich gerade in Deutschland seit dem Ende der 90er Jahre zur dominierenden Politikform entwickelt hat. Doch gab es auch schon früher Angstschübe, die vor allem von den Medien befeuert wurden und denen sich dann die Politik, die wiederum vor den Medien Angst hatte, beflissen anschloss – bestes Beispiel das 1979 politisch beginnende angebliche Waldsterben, das sich erst Jahre später nach vielen ausgegebenen Forschungsgeldern als Unsinn herausstellte. Von diesem sehr erfolgreichen Angstthema profitierten insbesondere die GRÜNEN, die seither dieses Erfolgsrezept breit ausgebaut haben.

Dr. Ing. Günter Keil

Der Offshore-Bluff

geschrieben von Günter Keil | 9. Juli 2013

von Günter Keil: Wie wir alle schon mehrfach hörten, soll die Windkraft das Herzstück der Energiewende werden – und die Offshore-Windkraft soll den größten Anteil davon zur Verfügung stellen. Die Pläne sind „ehrgeizig“; das ist im Öko-Sprachgebrauch das Synonym für überzogen und realitätsfern. Die zu diesen ehrgeizigen Offshore-Ausbauplänen gehörenden Zahlen sind:

- Bereits 2013 sollten vor den Küsten Windenergieanlagen (WEA) mit einer Maximalleistung von 3.000 Megawatt (MW) in Betrieb oder im Bau sein.
- Bis zum Jahre 2020 sollten WEA mit 7.600 MW zur deutschen Stromerzeugung beitragen. Das wären etwa 1.700 Windräder.
- 2030 sollen es dann 25.000 MW sein.